

Wir kommen zur laufenden Nummer 39: **Änderungsantrag Drucksache 14/5617** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 40: **Änderungsantrag Drucksache 14/5618** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Mit Mehrheit **abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 41: **Änderungsantrag Drucksache 14/5619** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 42: **Änderungsantrag Drucksache 14/5620** der SPD. Wer ist dafür? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. **Abgelehnt.**

Meine Damen und Herren, dann kommen wir jetzt zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5502** ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen.**

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen jetzt zum **Einzelplan 04:**

Justizministerium

Bevor ich die Beratung eröffne, weise ich noch darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/5504 sowie Änderungsanträge der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den laufenden Nummern 44 bis 46 vorliegen.

Ich habe Wortmeldungen und eröffne die Debatte mit dem Wortbeitrag des Kollegen Sichau für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Justizhaushalt zu reden, heißt auch, darüber zu reden, was in diesem Haushaltsplan nicht steht. Das ist das, was diese Regierung noch im März 2005 versprochen hat. Und darauf hat erst noch am 15. November dieses Jahres der Deutsche Richterbund, dessen Vorsitzende die jetzige Justizministerin bis 2005 war, ganz deutlich hingewiesen. Der Ministerpräsident ist aufgefordert worden, Wort zu halten.

„Noch in der Opposition“

so lautet das Zitat,

„hat die CDU in ihren Bochumer Beschlüssen zur Landtagswahl vom März 2005 erklärt: ‚Der Abbau von Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen wird sofort gestoppt‘. Tatsächlich will die Regierung aber genau Stellen abbauen, deren Erhalt sie vorher zugesagt hat. Im Jahre 2008 sollen 78 Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen gestrichen werden. Insgesamt sollen in der Justiz“

– da ist allerdings der nichtrichterliche Dienst einbegriffen –

„über 1.000 Stellen gestrichen werden.“

Da helfen auch keine wegfallenden kw-Vermerke. Das sind Versprechungen, die Sie bis 2010 verfolgen werden. Und Sie werden sie nicht umsetzen können. Sie haben schlichtweg etwas versprochen, was Sie nicht halten können.

(Beifall von der SPD)

Wir nennen das politische Bipolarität, früher nannte man das Schizophrenie.

Die Quittung ist gekommen. Es gab eine große Demonstration in einem Filmtheater hier nebenan. Das war die größte in der Bundesrepublik nach dem Krieg, und dort wurde noch einmal dargestellt, dass Sie etwas versprochen und nicht gehalten haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir haben zum Warnschussarrest diskutiert – nicht allein hier in Düsseldorf, sondern auch in Berlin. Dabei ist herausgekommen, dass alle Fachleute dieses Mittel für untauglich halten, zumindest seine Tauglichkeit bezweifeln.

(Widerspruch von Harald Giebels [CDU] und Dr. Robert Orth [FDP])

– Das ist so. Schauen Sie sich doch an, Herr Dr. Orth – Sie waren doch in Berlin –, was die Experten dazu gesagt haben, und zwar sehr dezidiert. Sie haben dann noch gesagt, dass das die Krone des Ganzen war. Wenn man es nun gegen alle Bedenken machen würde, dann wäre man nicht sicher, dass dieser Warnschussarrest auch zielgerichtet eingesetzt würde. – Das war sozusagen die Spitze der Gegenargumentation. Ich darf das in Erinnerung rufen.

Aber das Ganze ist auch gar nicht diskussionsfähig, weil es dafür keine Kapazitäten gibt, auch wenn Frau Müller-Piepenkötter sagt, sie habe für den Arrest Gerresheim ans Netz gebracht. – Das war gut und richtig; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Sie müssen dann aber auch den anderen Teil nennen, nämlich den, dass dadurch Plät-

ze im Erwachsenenvollzug weggefallen sind, die Ihnen heute bitter fehlen, was Sie hier auch beklagen. Dies muss man natürlich hinzufügen.

Dann geht es munter weiter mit der Zusammenlegung von Amtsgerichten. Wir haben hier darüber diskutiert. Wir haben im Rechtsausschuss nachgefragt: Was sind die finanzwirtschaftlichen Folgerungen? Die Berechnung ist angekündigt worden, ist aber bis heute noch nicht eingegangen. Es gibt keine belastbaren finanzwirtschaftlichen Zahlen.

Eine Zahl ist allerdings beispielhaft klar: Die Zusammenlegung der Amtsgerichte in Herne, sprich Herne-Mitte und Herne-Wanne, wird zusätzlich 300.000 € kosten. Das ist Konsolidierung der negativen Art. Dort werden Strukturen zerschlagen, die gut und richtig sind. Dafür nimmt man dann noch Mehrkosten in Kauf. Das ist für uns nicht in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Wir haben zusammen mit den Grünen einen Änderungsantrag inklusive Deckung gestellt. Es geht uns um die Aufstockung von Mitteln für die externe Suchtberatung. Auch wenn Sie immer wieder das Gegenteil beteuern: Sie waren diejenigen, die diese Suchtberatung zurückgefahren haben. Allerdings haben Sie dann wieder Aufstockungen vorgenommen – das bestreitet niemand –, nur der alte Stand ist längst nicht erreicht.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter:
Stundensätze!)

– Ja, da wollen wir die Rechnung noch genauer sehen, was die Stellen betrifft. Sie rechnen immer nach dem Motto: Wir haben mehr Stunden.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter:
Nein!)

Ich gehe gleich gerne noch auf Ihre Zwischenbemerkung ein. Aber was die Stellen betrifft, ist das nicht der Fall. Hier muss man weiter aufforsten, denn das ist ein sehr wirksames Mittel gegen den Belegungsdruck in Justizvollzugsanstalten.

Jetzt noch etwas, Frau Müller-Piepenkötter, zu Ihrer Zwischenbemerkung. Sie geben jetzt Stundensätze für die Gespräche mit Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten, aber der Vor- und Nachlauf dieser Arbeit – es müssen Berichte geschrieben werden, Leute müssen dort hinkommen –

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Alles drin!)

ist in dem Stundensatz nicht enthalten,

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Doch!)

es sei denn, Sie würden das als Fallpauschale bezeichnen. Das müsste man allerdings auch so tun. Denn wenn ich Stundenverrechnungssätze habe, dann muss ich das auch realistisch einschätzen oder ich muss das entsprechend präzise benennen.

(Zuruf von Harald Giebels [CDU])

Wir haben – das will ich an dieser Stelle noch erwähnen – über die Größe von Jugendjustizvollzugsanstalten gesprochen. Auch in einer Haushaltsdebatte darf es nicht fehlen, weil Mietmittel dafür eingesetzt und verausgabt werden, dass wir nach wie vor die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt in Heinsberg für zu weitgehend halten. Es ist gut, dass Sie in Wuppertal eine Justizvollzugsanstalt für männliche Jugendliche errichten wollen, aber auch diese ist mit 500 Plätzen nach unserer Auffassung zu groß.

Allerdings begrüßen wir – das muss man bei einer differenzierteren Betrachtungsweise natürlich dazusagen –, dass die Trennung des Vollzugs erfolgen wird, dass in Wuppertal dann Jugendliche in U- und Strafhafte sind, die ansonsten auch in Erwachsenenvollzugsanstalten wie Köln oder Wuppertal untergebracht sind, was zumindest Probleme mit den entsprechenden Gesetzen bereiten kann.

Es ist – das wiederhole ich noch einmal – auch nicht hinnehmbar, dass jugendliche weibliche Strafgefangene in der großen JVA Köln sind. Da ist eine eigenständige JVA erforderlich. Aber das geht natürlich über den Haushaltsplan für 2008 hinaus.

Wir haben zumindest die Hoffnung oder – besser – wir wagen es, zu bitten, den einzigen Änderungsantrag, den wir hier gestellt haben, zu unterstützen. Ansonsten – ich habe das auch schon im Rechtsausschuss ausgeführt – ist der Haushaltsplan für uns nicht zustimmungsfähig. Denn – damit kehre ich zum Eingang meiner Rede zurück – darin steht nicht, was Sie 2005 versprochen haben. Das muss deutlich sein. Deswegen habe ich das hier ganz klar gesagt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Kollege Giebels das Wort.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Entwurf des Ein-

zelplans 04 für den Landeshaushalt hat uns die Landesregierung eine solide Vorlage geliefert, die trotz der fortbestehenden Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung deutliche politische Schwerpunkte setzt und die Funktionsfähigkeit der Justiz gewährleistet.

Ich möchte auf einige wichtige Schwerpunkte des Einzelplans eingehen.

Lassen Sie mich zunächst den Bereich des Justizvollzugs ansprechen. Die Landesregierung hat hier bereits wichtige und notwendige Maßnahmen ergriffen, um die angespannte Belegungssituation im Justizvollzug nachhaltig zu verbessern. Diese Maßnahmen waren überfällig, da sie in Zeiten der rot-grünen Landesregierung trotz Kenntnis der Umstände unterblieben.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals ausdrücklich daran erinnern, dass die ehemalige rot-grüne Landesregierung noch vor der Landtagswahl 2005 300 Stellen im Justizstrafvollzug kürzen wollte. Aber an derartige Kürzungspläne möchten Sie natürlich heute nicht mehr erinnert werden. Das haben wir heute bereits auch bei der Beratung anderer Einzelpläne erlebt.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Bis zum Jahr 2010 werden in Nordrhein-Westfalen 740 neue Haftplätze im Jugendstrafvollzug geschaffen. Wir setzen damit die bereits im laufenden Haushaltsjahr eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung des Justizvollzugs und besonders des Jugendstrafvollzugs konsequent fort. In der Justizvollzugsanstalt Büren werden 150 Haftplätze und durch die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Heinsberg weitere 250 Plätze geschaffen. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. Allein in der geplanten Jugendstrafvollzugsanstalt in Wuppertal-Ronsdorf werden zukünftig 500 neue Haftplätze geschaffen.

Der personelle Mehrbedarf, der mit der Errichtung zusätzlicher Haftplätze entsteht, wird durch die Schaffung neuer Stellen aufgefangen. Zweihundert Stellen entfallen dabei auf den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst und weitere 50 Stellen auf die Verwaltung sowie die Fachdienste.

In den letzten Jahren der rot-grünen Vorgängerregierung wurde in der Justiz nicht nur Personal abgebaut, sondern trotz Kenntnis der sich abzeichnenden Personalentwicklung insbesondere für den Justizvollzug auch unter Bedarf ausgebildet. Mit den neuen Mehrheiten und einer neuen Stellenoffensive wird nun auch dieses Problem angepackt.

Zusammen mit dem erst kürzlich in diesem Haus verabschiedeten Jugendstrafvollzugsgesetz, einem der zentralen Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode, ist dies ein wichtiger Bestandteil zur wirksamen Bekämpfung der Jugendkriminalität und zu einer Entspannung der Belegungssituation in den Vollzugseinrichtungen.

Auch im übrigen Sachhaushalt sind zusätzliche Gelder vorgesehen. So werden zum Beispiel die Ansätze für Auslagen in Rechtssachen um über 44 Millionen € sowie der Ansatz für Vergütungen der Berufsbetreuer um 15 Millionen € erhöht. Auch für weitere Investitionen sind Mehrausgaben im Landeshaushalt vorgesehen, so zum Beispiel für die neue Ausstattung von Werkbetrieben und die bessere Ausstattung von Hafträumen insgesamt 5,7 Millionen €.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Fortschreibung der Entbürokratisierung. Die Verwaltung soll effizienter arbeiten, und die Jugendstrafvollzugsanstalten sollen gestärkt werden. Das Landesjustizvollzugsamt wird aufgelöst.

Einen weiteren wichtigen Baustein im kommenden Haushaltsjahr stellt im Bereich der Investitionsmittel die sogenannte IT-Zentralisierung dar. Hiermit soll die Prozess- und Serviceorientierung verbessert werden und der wachsenden Bedeutung des elektronischen Rechtsverkehrs Rechnung getragen werden.

In der Justizverwaltung nicht mehr benötigtes Personal wird in den Kernbereichen Rechtspflege, Strafverfolgung und vor allem Justizvollzug eingesetzt.

Darüber hinaus arbeitet die Landesregierung auch im Bereich der Justiz daran, die Finanzbelastungen des Landes durch Bundesgesetze zu mindern.

Mit diesem Justizhaushalt wird ein vernünftiger Weg eingeschlagen und ein tragbarer Kompromiss zwischen Haushaltskonsolidierung auf der einen und notwendiger fachpolitischer Schwerpunktsetzung auf der anderen Seite gefunden.

Das Volumen des Justizhaushalts beträgt auf der Ausgabenseite über 3,3 Milliarden €, denen auf der Einnahmenseite rund 1,1 Milliarden € gegenüberstehen.

Mit über 6,5 % des Gesamthaushalts nimmt der Anteil der Justizausgaben des Landes einen der vorderen Plätze ein. Auch im Vergleich mit anderen Landeshaushalten belegt die nordrhein-westfälische Justiz damit einen Spitzenplatz. Hieraus wird deutlich, dass der Justiz in unserem

Bundesland ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Deshalb stimmen wir dem vorgelegten Entwurf für den Einzelplan 04 gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich bemühen, dass wir durch meinen Beitrag deutlich vor die 24 Uhr als Ende der heutigen Sitzung kommen,

(Beifall)

und möchte deswegen nur auf ganz wenige Punkte eingehen.

Für uns als FDP ist es in der Justizpolitik wichtig, dass wir auch hier die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit einhalten. Wir beteiligen uns deswegen auch aktiv an den Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene und stimmen uns in der Koalition zusammen mit der Justizministerin immer ab, wie wir uns in den einzelnen Bereichen verhalten. Ich sehe hier einen deutlichen Unterschied zu dem, was die Vorgängerregierung gemacht hat. Unter Rot-Grün haben wir jedenfalls nie etwas gehört, wie man zu solchen Dingen wie Flugzeugabschussgesetz oder Ähnlichem gestanden hat. Wir jedenfalls versuchen, uns abzustimmen.

Wir gehen auch an die Strukturen heran. Wir haben das Landesjustizvollzugsamt aufgelöst. Ich gehe davon aus, dass niemand hier im Saal diesem Amt ernstlich eine Träne nachweinen wird.

Wir haben 250 neue Stellen für Wuppertal eingeplant. Wir haben auch – das finde ich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr wichtig – befristete Stellen des Schreibdienstes in den Kanzleien in unbefristete Anstellungsverhältnisse umwandeln können.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass man hier ganz klar sagen kann, dass Rot-Grün zwar immer sozial getan hat, wir aber auch soziale Taten folgen lassen.

Nicht beeinflussen können wir den ganzen Komplex Betreuungsrecht, Beratungshilfe und Ähnliches. Aber auch da sind wir aufgerufen, über den Bundesrat zu versuchen, für die Zukunft für die Länder finanzierbare Verhältnisse zu schaffen.

Was den Strafvollzug anbelangt, so hat Herr Giebels schon ausgeführt, dass wir die Jugendstrafvollzugsanstalt in Wuppertal bauen werden, dass wir Jungtäterabteilungen eingerichtet haben

(Beifall von der FDP)

und dass wir uns wirklich der Probleme der jungen Menschen annehmen.

Es ist dann schon sehr erstaunlich, Herr Sichau, wenn Sie hier immer noch vortragen, dass der Warnschussarrest von niemandem ernstlich befürwortet wird. Ich kenne jede Menge Sachverständige, die den Warnschussarrest für sehr sinnvoll erachten.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich sage auch ganz klar: Es ist schon wichtig, dass junge Menschen auch einmal eine Konsequenz gezeigt bekommen. Es macht einfach keinen Sinn, wenn wir bei der ersten Tat sagen, der junge Täter soll das Schwimmbad putzen, bei der zweiten Tat sagen, er soll Pilze im Wald sammeln, bei der dritten Tat sagen, jetzt bekommt er vielleicht einmal eine Bewährungsstrafe, und dann beim vierten Mal ein junger Täter für zwei Jahre und mehr einrückt. Das ist das falsche Signal.

(Beifall von der FDP)

Jeder von uns, der einmal eine Anstalt von innen gesehen hat, ist froh, dass er wieder draußen ist. Wir haben aber auch eine Vorstellung davon, wie ungemütlich es im Vollzug ist. Ich möchte, dass die jungen Menschen, die etwas tun, was sie nicht tun sollten, auch merken, wie ungemütlich die Realität ist, und dann zukünftig von solchen Taten abgehalten werden.

(Beifall von der FDP)

Herr Sichau, Sie behaupten, versprochen worden sei mehr als gehalten. Ich kann für meine Fraktion nur erklären: Wir haben niemals versprochen, dass wir alle möglichen Stellen erhalten werden. Wir haben alle unsere Versprechen eingehalten.

(Frank Sichau [SPD]: Hört, hört!)

Wir haben sogar die eine oder andere Stellenstreichung, die Sie vorgenommen haben, die Sie verantwortet haben, zurückgenommen. Ich meine, das ist die richtige Botschaft.

(Beifall von FDP und CDU)

Insofern kann ich nicht erkennen, dass wir hier personalwirtschaftlich Fehler gemacht haben.

Was die Zusammenlegung der Amtsgerichte anbelangt, Herr Sichau, kann ich nur auf Düsseldorf

und Köln verweisen, wobei man ja ungern beide Städte gemeinsam nennen möchte, gerade wenn man aus Düsseldorf kommt. Aber beide Städte haben eines gemeinsam: Sie sind deutlich größer als eine Stadt wie Duisburg oder inzwischen auch wie Essen. Das kann ich als Düsseldorfer sagen. Aber sowohl Köln als auch Düsseldorf haben, obwohl sie jede Menge Eingemeindungen hinter sich haben, jeweils nur ein Amtsgericht.

Was in Großstädten wie Düsseldorf und Köln klappt, muss auch in der Region Duisburg oder Essen klappen, wo es mindestens so viele Straßenbahnen gibt wie bei uns. Von daher führen Sie eine Scheindebatte. Sie haben eigentlich keine Argumente dagegen.

Vielleicht blicken wir als Letztes auf das zurück, was wir vorgefunden haben, und schauen uns das an, was wir machen. Man muss hier auch einmal festhalten, dass Sie uns Gerichtsneubauten versprochen haben, für die Sie keine Planung und kein Grundstück hatten. Sie haben uns Gefängnisneubauten versprochen, für die Sie kein Grundstück und auch keine verlässliche Planung hatten.

Und wir? Wir bauen. Wir lösen die Probleme. Wir verkaufen keine Lösungen, die es nicht gibt, sondern wir schaffen eine reale Verbesserung für die Menschen in diesem Land. In diesem Sinne werden wir auch weiterarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Fraktion der Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über den Justizhaushalt. Das ist eine äußerst spannende Materie. Hier hängt es wirklich davon ab, ob der Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land noch gewährleistet ist, ob die Funktionsfähigkeit unserer Justiz noch gegeben ist, was in unseren Knästen passiert und ob unsere Jugendlichen im Strafvollzug wirklich eine Resozialisierungschance haben. Ich bitte alle, wieder wach zu werden und zuzuhören; denn hier geht es, auch zu später Stunde, um Wesentliches.

Herr Giebels, ich widerspreche Ihrer These energisch, dass Sie mit dem Haushaltsplan – was haben Sie gesagt? – die Funktionsfähigkeit der Justiz gestärkt haben.

(Harald Giebels [CDU]: Das ist aber so!)

Herr Giebels, genau das Gegenteil ist der Fall. Uns wurde demonstriert, wie es in der Nachkriegsgeschichte wirklich ohne Beispiel ist: Über 1.000 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind im Düsseldorfer Hafen auf die Straße gegangen. Wann hat es hier seit dem Zweiten Weltkrieg je eine solch große Demo gegeben? Ich denke, das sind keine „Berufsdemonstranten“, die sich eben mal organisieren und auf die Straße gehen.

Sie haben guten Grund, auf die Straße zu gehen. Wir wissen nämlich, dass die Belastung weit über dem Normalen liegt. Das Instrument PEŠSY hat es an den Tag gebracht: Sie liegt bei weit über 100 %. Spitzenreiter – Herr Kollege Sichau hat darauf hingewiesen – sind die Sozialgerichte mit einer Belastung von weit über 150 %.

Vor Hartz IV waren 340 Klagen pro Richter die Norm. Nach Hartz IV ist die Eingangsbelastung für die Richter um 20 % gestiegen, und die Zahl der Eingänge steigt in diesem Jahr weiter.

Ähnlich sieht es beim Landessozialgericht aus. Trotz der Personalverstärkung, die erfolgt ist, werden die Zahlen in der Sozialgerichtsbarkeit – die sind bestätigt, was die Eingangsbelastung angeht – weit über der Norm liegen. Wir erlegen unseren Richterinnen und Richtern eine Belastung auf, die weit über dem Durchschnitt liegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was sind die Konsequenzen? – Ich denke, dass der effektive Rechtsschutz in der Justiz wirklich in Gefahr ist und dass eine Politik des Tröpfchens auf den heißen Stein substanzuell nichts verändern wird. Ich befürchte, dass das Grundrecht auf ein zügiges Verfahren, das jedem Bürger und jeder Bürgerin zusteht, wirklich in Gefahr ist; denn auszubaden haben diese enorme Belastung nicht nur die Justiz und deren Bedienstete, sondern auch die Rechtsuchenden in unserem Land, indem sie lange auf ihre Verfahren warten oder auf überarbeitete Richter treffen, die ihre Aufgaben nur noch oberflächlich bearbeiten.

Das wird von der Landesregierung eben nicht energisch genug angepackt. Was die kw-Stellen betrifft: Frau Ministerin, Herr Wolf, Ihr Kollege im Kabinett, hat es geschafft, alle kw-Stellen für die Polizei – über 800 – auf einmal zu streichen und die Einstellungsermächtigung zu verdoppeln.

Das können Sie nicht als Bilanz vorweisen. Wir werden mit diesen paar kw-Stellen, die Sie, als Tropfen auf den heißen Stein, hier und da streichen, die Belastung der Justiz nicht wirksam verringern. Ich finde, die Staatsanwältinnen und

Staatsanwälte sowie die Richterinnen und Richter, die hier auf die Straße gehen, haben recht, wenn sie sagen, die Belastungsgrenzen seien nicht nur erreicht, sondern sogar weit überschritten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort Strafvollzug: Wir haben ein Jugendstrafvollzugsgesetz verabschiedet, das aus meiner Sicht – mit dem Haushaltsplan, den wir heute auf dem Tisch liegen haben – den Zielen und den ambitionierten Forderungen nach mehr Resozialisierung im Jugendstrafvollzug nicht gerecht werden kann, weil es in dem Haushaltsplanentwurf dafür nicht genug Ressourcen gibt.

Wir haben bei den Sozialdiensten eine Unterdeckung. Es sind wegen neuer Haftplätze neue Stellen eingerichtet worden. Herr Giebels, darauf haben Sie hingewiesen. Das ist richtig. Wir brauchen aber – das hat die Anhörung gezeigt – eine signifikante Verbesserung des Betreuungsschlüssels, was insbesondere die Zahl der Mitarbeiter der Sozialdienste im Verhältnis zu der Zahl der Gefangenen angeht. Sie sind immer noch zu dünn besetzt. Diese engagierten Kolleginnen und Kollegen – Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiter – können die Ziele des Gesetzes mit dieser Ausstattung nicht erreichen.

Die gleiche Situation haben wir bei dem Problem Drogen. Die Werthebach-Kommission hat erklärt, dem Drogenproblem in den Knästen stehen viele Anstaltsleiter völlig hilflos gegenüber. Im Schnitt haben wir in unserem Strafvollzug ein Drittel Drogenabhängige. Aus unserer Sicht reichen die Mittel bei Weitem nicht aus, um durch eine vernünftige externe Drogenberatung wirklich für eine Entlastung zu sorgen und sich diesem Problem zu widmen.

Kurz und gut: Ich glaube, dass dieser Haushaltsplanentwurf bei Justiz und Strafvollzug eine eklatante Unterdeckung hat, dass wir die Belastungssituation der Justiz damit weiter verschärfen werden und dass keine signifikante Entlastung eintritt. Ich glaube, dass der effektive Rechtsschutz für unsere Bürgerinnen und Bürger wirklich in Gefahr ist und dass wir im Strafvollzug nicht von einem Verwahrvollzug zu einem echten Behandlungsvollzug kommen können, wenn wir nicht mehr Ressourcen für die Strafvollzugsanstalten zur Verfügung stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Müller-Piepenkötter.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man heute zu allen Tagesordnungspunkten des Haushalts den Rednern von Rot-Grün zugehört und ihre Anträge verfolgt hat, könnte man glauben, wir hätten einen satten Haushaltsüberschuss und viel zu verteilen. Jedenfalls weiß ich jetzt, was eine sozialdemokratische Kollegin vor vielen Jahren meinte, als sie mir von einer politischen Weisheit berichtete, wonach „sozialistisch geteilt“ bedeutet, dass hinterher alles weg ist.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Das „alles weg“ haben wir übernommen. Deshalb ist auch der Haushalt 2008 gekennzeichnet durch den Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und Gewährleistung einer leistungsfähigen Justiz sowie Fortentwicklung des Strafvollzuges, insbesondere des Jugendstrafvollzuges nach unserem neuen Gesetz.

Wir schaffen den Spagat, wir schaffen ihn durch Schwerpunktsetzung. Die Einführung der Zweistufigkeit in den Justizvollzugsanstalten wird zu einer Optimierung der Organisation führen, zur Erhöhung der Wirksamkeit von strategischer und operativer Steuerung und Stärkung der Selbstverantwortung der Vollzugsanstalten, und sie schafft vor allem Kapazitäten für den Behandlungsvollzug nach neuen Konzepten.

(Thomas Stotko [SPD]: Wie denn ohne Geld?)

Wir schaffen 250 neue Stellen für den Strafvollzug und stellen so sicher, dass mit Errichtung der neuen Jugendstrafanstalt das erforderliche Personal zur Verfügung steht, denn wir haben deshalb ja schließlich nicht mehr Gefangene.

Durch Umwandlung von ehemals kw-gestellten und aus der Auflösung des Amtes gewonnenen Stellen schaffen wir darüber hinaus zusätzliche Stellen für den Sozialdienst und den psychologischen Dienst.

Wir stellen weiterhin die bereits 2007 deutlich erhöhten Mittel für externe Drogenberatung zur Verfügung. Das sind, Herr Abgeordneter Sichau, 40 % mehr als 2005, und zwar 40 % in Cent und Euro.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Aber nicht durch Ihren Haushalt!)

Mit dem im Vollzug entwickelten neuen Konzept zur Drogenberatung und der Umstellung der Finanzierungsart können wir schon jetzt deutliche

Verbesserungen feststellen. Es sind deutliche Verbesserungen im Hinblick auf Wartezeiten auf Drogenberatung, auf den Umfang der anstaltsinternen Beratung durch interne und externe Berater und im Hinblick auf die Vermittlung in externe Therapiemaßnahmen.

Meine Damen und Herren, die Belastungssituation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist nach wie vor sehr hoch. Das ist richtig. Deshalb haben wir in diesem Jahr 125 und damit annähernd zwei Drittel der kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestrichen. Die Haushaltssituation lässt die Streichung weiterer kw-Vermerke nicht zu.

(Frank Sichau [SPD]: Das sind keine neuen Stellen!)

Meine Damen und Herren, engagierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiter auf allen Ebenen der Justiz garantieren auch weiterhin wirksamen Rechtsschutz. Dabei unterstützen wir unsere Mitarbeiter im Rahmen des Möglichen auch durch Haushaltsmaßnahmen. So schaffen wir nach einer ersten entsprechenden Maßnahme im Jahre 2006 mit dem Haushaltsentwurf 2008 erneut mehr als 200 Stellen für Angestellte im mittleren Dienst, und zwar für Angestellte, die schon mehr als zwölf Jahre und länger mit immer wieder befristeten Verträgen für die Justiz arbeiten, ohne die Sicherheit auf Weiterbeschäftigung zu haben. Diese Mitarbeiterinnen – meistens sind es Mitarbeiterinnen – erhalten endlich Sicherheit. Sie können endlich unbelastet von Existenzsorgen arbeiten und endlich in eine Lebens- und Familienplanung eintreten.

Der Haushalt 2008 ist im Übrigen geprägt durch Investitions- und Organisationsmaßnahmen, die darauf abzielen, Haushaltsmittel wirtschaftlicher und flexibler einzusetzen und einen reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen. Ich nenne nur beispielhaft die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens mit Schaffung von Produkthaushalten erstmals in einer gesamten Budgeteinheit, im Justizvollzug. Ich nenne die Weiterentwicklung der Informationstechnik, wobei der Zentralisierung der IT-Services und Bündelung in einem Rechenzentrum eine Schlüsselfunktion zukommt. Sie wird die Verfügbarkeit und Flexibilität der IT-Infrastruktur noch einmal um ein Vielfaches erhöhen und Ressourcen für die Rechtspflege freisetzen.

Ich weiß, meine Damen und Herren – und darüber sind wir uns in der Justiz klar –: Das nächste Jahr mit den bereits seit Jahren beschlossenen Stelleinsparungen wird sehr schwierig. Aber angesichts der Finanzsituation sind weitere Einsparun-

gen unvermeidbar. Der Haushaltsentwurf 2008 schafft mit den beispielhaft aufgezeigten Maßnahmen und weiteren Maßnahmen die Grundlage für eine weiterhin gute Arbeit der nordrhein-westfälischen Justiz unter harten Rahmenbedingungen. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Entwurf.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 04**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge Nummern 44 bis 46 und dann über den Einzelplan insgesamt.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5662**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5623**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5663**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5504**. Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand im Raum? – Nein. Damit ist diese Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe **Einzelplan 14** auf:

Ministerium für Bauen und Verkehr

Der Einzelplan 14 beinhaltet die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5514 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 47 und 48 der Tischvorlage hin.